

Wolfgang Streeck Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus. Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung

Article by an MPIfG researcher

Wolfgang Streeck: Von der gesteuerten Demokratie zum selbststeuernden Kapitalismus: Die Sozialwissenschaften in der Liberalisierung. In: WestEnd 6(1), 13-33 (2009). Stroemfeld

Die Geschichte der Sozialwissenschaften ist mittlerweile selbst ein Gebiet spezialisierter Forschung, auf dem ich mich nur als Laie bewegen kann.¹ Dennoch glaube ich mit Zuversicht sagen zu können, dass es zur Tradition sozialwissenschaftlicher Theoriebildung gehört, dass sie immer auf die eine oder andere Art auf gesellschaftliche Reformprojekte, also auf praktische Zwecke einer Verbesserung der menschlichen Lebensverhältnisse, bezogen war. Die Liste der Projekte, auf die hin sozialwissenschaftliche Theorien konstruiert wurden, ist lang: Sie reicht von Comtes vernünftiger Neuordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit Hilfe einer soziologischen Ingenieurswissenschaft über Marx' Überwindung der Klassenspaltung, Durkheims Rückgewinnung sozialer Einheit in liberaler Vielfalt mit Hilfe der modernen Arbeitsteilung und Webers Rettung des bürgerlichen Individuums aus dem »Gehäuse der Hörigkeit« der rationalisierten Industriegesellschaft bis hin zu Keynes' Stabilisierung des Kapitalismus mittels geldpolitischer »Euthanasie des Rentiers« und Parsons' Beschwörung der Vereinbarkeit einer normativ basierten sozialen Ordnung mit einer kapitalistischen Wirtschaft, die dem rationalen Egoismus nutzenmaximierender Individuen überlassen bleiben muss. Selbst wo man auf den ersten Blick nur hoch abstrakte Theorie und »Grundlagenforschung« zu sehen glaubt, ging es bei näherem Hinsehen um praktische Ziele. In der Tat scheint sich die Bedeutung auch der theoretischsten gesellschaftswissenschaftlichen Theorien der Vergangenheit regelmäßig erst im hermeneutischen Zusammenhang zeitgenössischer forschungsleitender Reformperspektiven ganz zu erschließen.

Aber gilt das auch noch für die Sozialwissenschaften von heute? Mir ist keine Untersuchung bekannt, in der heutige Sozialwissenschaftler gefragt werden, welchen Sinn sie ihrer immer rastloser werdenden Tätigkeit beimessen. Ich kann mich also nur auf unsystematische, freilich sehr teilnehmende Beobachtungen stützen, wenn ich behaupte, dass die meisten von denen, die heute Gesellschaftstheorie betreiben, diese zweckfrei zu betreiben glauben oder betreiben wollen. Eine solche Konzentration auf »rein wissenschaftliche« Ziele, gemeinhin als Professionalisierung bezeichnet, hat ihre Vorteile: Sie entlastet von politischen Konflikten, rechtfertigt das Verlangen nach Autonomie gegenüber externen Leistungsansprüchen und macht es unmöglich, schlechte Forschung damit zu verteidigen, dass sie gut gemeint war. Zugleich aber kann sie in einen selbstbezüglichen Leerlauf führen, der mit hohem laufendem Aufwand gegen allfällige Sinnkrisen abgesichert werden muss. Jedenfalls scheinen selbst im Zentrum unserer Disziplinen heute die Zweifel zu wachsen, ob etwa die Produktion möglichst vieler kleinster pub-

¹ Vortrag beim Kolloquium »Sozialwissenschaft als Reformtheorie: Vergangenheit oder Zukunft?« anlässlich des Institutstags 2008

des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung (MPIfG), Köln, 2. Oktober 2008.

lizierbarer Einheiten nach Maßgabe der wahrgenommenen Vorlieben der Herausgeber von Fachzeitschriften mit hohem *impact factor* tatsächlich, mit einem geflügelten Wort der sechziger Jahre, in irgendeinem vernünftigen Sinn »der Wahrheitsfindung dient«.

Über die Pathologien des Professionalismus in den Sozialwissenschaften kann jeder, der forscht oder Doktoranden ausbildet, seine eigenen Geschichten erzählen. Vorbild für eine von politischen Intentionen gereinigte Sozialwissenschaft scheinen für viele die Naturwissenschaften zu sein, die als gegenüber jeder möglichen Verwendung neutral und eben deshalb umso verwendbarer gelten. Dies erscheint durchaus ironisch in einer Zeit, in der die Wissenschaftsgeschichte uns zunehmend darüber ins Bild setzt, wie sogar die physikalischen Hochtheorien des 20. Jahrhunderts aus praktisch-ingenieurwissenschaftlichen Problemstellungen hervorgegangen sind² – ganz abgesehen von der neuen Jahrhundertwissenschaft der Biochemie, in der die Unterschiede zwischen angewandter und Grundlagenforschung, wenn es sie überhaupt je gegeben hat, immer mehr verwischen. Empirisch ist es, soweit ich sehen kann, ohnehin ein Irrtum zu glauben, dass die meisten forschenden Naturwissenschaftler in erster Linie nach »reiner Erkenntnis« streben: Zellforscher sehen sich als Heiler von Erbkrankheiten, Pflanzengenetiker wollen zur Überwindung des Hungers beitragen, Physiker die Energieversorgung sichern usw.

Im Folgenden möchte ich die Behauptung vertreten, dass gerade für die sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung³ Zweckfreiheit als regulative Norm kein Zeichen von Reife ist, sondern ein Missverständnis. Dies vor allem, weil sie die den Sozialwissenschaften eigentümliche *Verschränkung von Theorie und Gegenstand* außer Acht lässt. Aussagen über die Konstitution der sozialen Welt sind nämlich immer auch Aussagen darüber, welche Rolle planendes, zielgerichtetes Handeln – wie man heute sagt: *agency* – in ihr spielt oder spielen könnte. Solches Handeln, wenn es auf soziale Ordnungen als solche bezogen ist, nennen wir Politik. Soweit unsere Theorien ihm Einfluss auf gesellschaftliche Zustände zubilligen, messen sie diesen auch dem zu, was die beteiligten Akteure über deren Kausalzusammenhänge zu wissen meinen. Da dieses Wissen durch Sozialwissenschaft erweitert und verbessert werden kann, ist das, was wir als Sozialwissenschaftler tun, Teil desselben Wirkungszusammenhangs, der Gegenstand unserer Untersuchungen ist. In anderen Worten, indem Sozialwissenschaft immer auch Aussagen über den Status von intentionalem politischem Handeln in der wirklichen Welt macht, beschreibt sie ihre eigene Rolle gleich mit: Jede Theorie über die soziale Welt ist dann auch eine Theorie über den möglichen Nutzer und praktischen Nutzen, wenn nicht die tatsächliche Nutzung, der Theorie selbst.

Sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung, auch diejenige, die sich als zweckfrei und rein professionell versteht, ist damit unvermeidlich immer schon auf politische Projekte hin definiert, für die sie eingesetzt werden kann oder, wenn sich ein

2 Die Quantentheorie aus Versuchen an der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt über effiziente Methoden zur Straßenbeleuchtung, die spezielle Relativitätstheorie aus Forschungen an der Eidgenössischen Technischen Hochschule über Zeitmessung und die Einrichtung einer nationalen Normalzeit.

3 Allein auf diese beziehe ich mich im

Folgenden. Unter Grundlagenforschung verstehe ich die Suche nach wahren Aussagen (»Theorien«) über gesellschaftliche Zusammenhänge, die über alltagspragmatisch abgegrenzte Handlungsbereiche (Sozialpolitik, Wirtschaft, Familie usw.) hinausgehen und diese sozial »kontextualisieren«.

interessierter Akteur fände, werden könnte. Dies trifft auch und gerade für diejenige Art von Forschung zu, die ich als *politische Makrosoziologie staatlich verfasster moderner Gesellschaften* charakterisieren möchte und deren Thema nicht Individuen sind, sondern Gesellschaften als ganze und die in ihnen institutionalisierten Ordnungen. Für jede aus solcher Forschung hervorgehende Theorie gilt, so meine These, dass sie, wenn sie nicht ohnehin von vornherein bewusst in den Handlungshorizont eines bestimmten gesellschaftlich-politischen Akteurs hineinkonzipiert ist, doch so gelesen *und nur so völlig verstanden werden kann*, und zwar deshalb, weil die erwähnte ontologische Verstrickung jeder Sozialwissenschaft in ihre Objektwelt ihr diese immer als Gegenstand praktischer »Sorge« erscheinen lassen muss – des Forschers oder anderer. Sozialwissenschaftler, die über »Politik-in-Gesellschaft« arbeiten, können gar nicht anders als die Welt aus der Perspektive eines – realen oder idealen – Wissensanwenders wahrzunehmen, in dessen Handlungshorizont ihre Forschungsergebnisse praktischen »Sinn machen« und postulierte Ursachen zu Mitteln und gefundene Wirkungen zu Zwecken werden. *Auch Makrosoziologie ist insoweit ein empathisches Sich-Einfühlen, ein »taking the role of the other«.* Eine Theorie zu *verstehen* bedeutet dann, ihren realen oder virtuellen, tatsächlichen oder putativen Anwender sowie die Handlungsumstände – ihren Wert-, Akteurs- und Situationsbezug – herauszufinden, auf die hin sie konstruiert ist, was übrigens am ehesten historisch-interpretativ und retrospektiv möglich ist, wenn die zum Zeitpunkt der Entstehung einer Theorie geltenden Selbstverständlichkeiten aufgehört haben, solche zu sein.

Zudem dürfte sich der Zustrom begabter junger Menschen zu den Naturwissenschaften nicht zuletzt dadurch erklären, dass diese ihnen vielfältige und glaubwürdige Möglichkeiten zu persönlicher Identifikation mit praktisch-moralischen Zielen bieten, die über reine Forschung und zweckfreie Erkenntnis hinausreichen, wie etwa die Erhaltung der natürlichen Umwelt. Ich schließe daraus, dass eine Sozialwissenschaft, die sich dazu zwingt, sich gegenüber ihrem möglichen Anwendungsnutzen agnostisch zu verhalten, Nachteile im Wettbewerb um wissenschaftliche Talente erleidet. Im Unterschied zu den Naturwissenschaften allerdings, deren Anwendungsbezug durch den jeweils erreichten Stand der Naturbeherrschung gesteuert wird, ändert sich der mögliche Nutzen der Sozialwissenschaften laufend dadurch, dass sich die von ihnen erforschte Welt ändert, einschließlich der in ihr auftretenden potentiellen Anwender und dessen, was diese in der gemeinsamen Welt ausrichten können und wollen. Daher der Titel dieses Beitrags: Er soll deutlich machen, dass die Frage nach dem praktischen Nutzen von Sozialwissenschaft sich nicht allgemein, sondern nur historisch-spezifisch beantworten lässt, heute also im Kontext eben jenes Übergangs vom organisierten zum liberalisierten Kapitalismus, den wir am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) theoretisch zu verstehen suchen.

Im anschließenden zweiten Teil meiner Ausführungen (II.) möchte ich die für die Sozialwissenschaften charakteristische Verschränkung von Erkenntnisobjekt und Verwendungszusammenhang am Beispiel früherer Bemühungen um eine Theorie der »Steuerung« moderner Gesellschaften wenigstens skizzenhaft umreißen. Dabei geht es mir darum zu zeigen, wie die Ablösung des organisierten Kapitalismus der sechziger und siebziger Jahre durch einen neuartigen Marktkapitalismus nicht nur den Bedarf staatlicher Politik an sozialwissenschaftlichem Wissen, sondern mit ihm auch den

potentiellen Sinn und praktischen Nutzen sozialwissenschaftlicher Forschung und Theoriebildung verändert hat. Danach werde ich (III.) fünf Entwicklungstendenzen in den gegenwärtigen Sozialwissenschaften kurz darstellen, die mit diesen Veränderungen zusammenzuhängen scheinen. Meine These ist, dass Politikwissenschaft und (Makro-)Soziologie noch immer nach einem neuen, plausiblen Projekt für sich selbst suchen und dass ihre gegenwärtige Desorientierung bis zur Wiedergewinnung einer motivkräftigen praktischen Perspektive anhalten wird. Zum Schluss (IV.) möchte ich einen Vorschlag machen, wie die Sozialwissenschaften nach der Abdankung des demokratischen Interventionsstaats der Nachkriegswelt, mit dem sie enger verbunden waren als mit irgendeinem anderen politischen Projekt davor, eine neue, theoretisch produktive Zweckbestimmung finden können.

II.

Sozialwissenschaftliche Forschung hat immer dann floriert, wenn sie sich als Wissenslieferant für praktische Projekte handlungsmächtiger und handlungswilliger Akteure ansehen konnte. In den Nachkriegsjahren war der wichtigste Adressat sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung der sich entwickelnde demokratische Interventions- und Wohlfahrtsstaat als neuer und neuartiger Repräsentant von Gemeinwohl und Gemeinwillen. Er war als potentieller Anwender sozialwissenschaftlichen Wissens auch dann gemeint, wenn darüber geforscht wurde, was »die Gesellschaft« tun müsse, um sozialen Frieden, Wohlstand, Bürgerrechte usw. zu sichern. Tatsächlich war der Ausbau der Sozialwissenschaften nach dem Zweiten Weltkrieg auf das Engste mit der Etablierung eines demokratischen Regierungssystems und insbesondere dem Projekt eines historischen Kompromisses von Demokratie und Kapitalismus verknüpft. Vor allem im besiegten Deutschland, aber keineswegs nur dort, wurde Demokratie als Ergebnis wissenschaftlich angeleiteter Gesellschaftsgestaltung gesehen, und zwar durchaus von oben oder gar von außen.⁴ Für viele gelten denn auch bis heute der Aufbau der Bundesrepublik Deutschland und die demokratische Umerziehung ihrer Bevölkerung als eindrucksvollstes Beispiel eines gelungenen *social engineering*. Vor allem die Politikwissenschaft wurde als Demokratie-Wissenschaft in die deutsche Universitätslandschaft eingepflanzt, um dort die als reaktionär geltende Staatsrechtslehre als staatswissenschaftliche Leitwissenschaft abzulösen.⁵ Die Erwartungen an sie waren riesig; sie reichten von der Umgestaltung des Schulwesens durch demokratische Lehrerbildung bis zur Erforschung der psychologischen, sozialstrukturellen und wirtschaftlichen Ursachen des linken und rechten Radikalismus, mit dem Zweck der Verhinderung sowohl eines Rückfalls in Faschismus und Nationalsozialismus als auch eines Überlaufens der Arbeiterschaft zur kommunistischen Systemkonkurrenz im Ostblock.

4 Siehe die aufschlussreichen, aus heutiger Sicht durchaus »autoritären« Zukunftsvisionen von Autoren wie Polanyi (1957 [1944]) und Mannheim (1951) gegen Ende des Zweiten Weltkriegs. Siehe auch das bekannte Miss-trauen »des Grundgesetzes« gegen den vor-

geblich zur Herrschaft berufenen »Demos«. 5 Die deutsche Soziologie kam hierfür wegen einiger problematischer Traditionslinien, einschließlich der von Gehlen bis Schelsky und, später, Luhmann, weniger in Frage.

Dass die Demokratie der Nachkriegszeit eine gesteuerte war und sein sollte, wurde von niemandem als widersprüchlich oder problematisch empfunden. Mit Laisser-faire jedenfalls sollte Demokratie nichts mehr zu tun haben, weder ökonomisch noch sozial noch politisch. Der demokratische Staat war konzipiert als Instrument planmäßiger politischer Gestaltung der Gesellschaft, einer andauernden verbessernden Einwirkung der Gesellschaft auf sich selbst, als Instrument kollektiven Handelns, mit dessen Hilfe bislang unbeherrschte soziale Kausalzusammenhänge unter Kontrolle gebracht und die gesellschaftliche Entwicklung auf im allgemeinen Interesse liegende Ziele hin gelenkt werden sollte. *Gesteuerte und steuernde Demokratie waren dasselbe*. Ganz im Sinne eines zentralen Topos der Marxschen Theorie sollte die moderne Demokratie jene grauen Vorzeiten beenden, in denen die Menschen ihre Geschichte zwar selbst machten, aber nur »hinter ihrem eigenen Rücken«, ohne das Ergebnis ihres kollektiven Tuns als Gesellschaft wollen oder nicht wollen zu können. Die Sozialwissenschaften erschienen hierfür unentbehrlich. So wie die Keynesische Makroökonomie als Anleitung zur Bedienung und Beherrschung des zur Wohlstandsmaschine umdefinierten Kapitalismus verstanden wurde, sollten Politikwissenschaft und Soziologie dem gesellschaftssteuernden Staat Auskunft über Lage und Bedürfnisse seiner Bevölkerung geben, ihn bei der Ordnung seiner Ziele und der effizienten Organisation seiner Entscheidungsprozesse unterstützen, ihm Informationen über die voraussichtlichen Folgen und Nebenfolgen seiner Interventionen sowie über die latenten Funktionen der von ihm zu gestaltenden sozialen Institutionen liefern und ihm die Nutzung und Berücksichtigung vermuteter Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung ermöglichen.

In den sechziger Jahren, nach gelungener Etablierung der Nachkriegsordnung des *embedded liberalism*, nahm das Projekt einer gesteuerten Demokratie, unter dessen Vorzeichen die modernen Sozialwissenschaften sich wie nie zuvor hatten ausdehnen können, eine neue Wendung. Die Fortsetzung des wirtschaftlichen Wachstums und der weitere Aufbau eines kontinuierlich expandierenden Wohlfahrtsstaats schienen mit dem vorhandenen, aus Kriegs- und Vorkriegszeit ererbten Staatsapparat immer weniger realisierbar. In den USA ebenso wie in Westeuropa begannen Diskussionen über einen Umbau des Staates in eine den Anforderungen eines »modernen Kapitalismus« (Shonfield 1965) gewachsene Planungsmaschinerie. In der Bundesrepublik war es spätestens die Regierung der Großen Koalition, die sich nach 1967 die Modernisierung des Staates als vordringliche Aufgabe zu eigen machte. Die damals diskutierten Themen reichten von grundlegenden Reformen der kommunalen Verwaltung und des Föderalismus bis zur Abschaffung der kameralistischen Haushaltsführung und der traditionellen Ministerialbürokratie und ihrer Gliederung in Fachressorts und Abteilungen, mit dem Ziel, die staatliche Planungs- und Vorsorgefähigkeit in Bereichen wie der Raumordnungs-, Infrastruktur-, Industrie-, Innovations- und Sozialpolitik gleichzeitig und insgesamt zu verbessern. Dass dies nur unter Nutzung des neuesten sozialwissenschaftlichen Wissens möglich war, verstand sich von selbst, für die Politik ebenso wie für die Sozialwissenschaften.

Es ist kein Geheimnis, dass die Ursprünge der Forschungstradition des MPIfG mit ihrer Suche nach einer Theorie der Steuerung moderner Gesellschaften in den vorausgegangenen Bemühungen um eine Modernisierung des Staatsapparats und in

der Policy- und Implementationsforschung der siebziger Jahre zu finden sind. Zweifel an der Möglichkeit einer Steuerungstheorie hatte es von Anfang an gegeben, und sie waren im Forschungsprogramm des Instituts schon früh präsent. Für Konservative war die Vorstellung von staatlicher Politik als Medium gesellschaftlicher Selbstumformung nach Maßgabe eines demokratisch gebildeten kollektiven Willens ohnehin ein Albtraum, glücklicherweise ein völlig unrealistischer. Was die Steuerungsforschung selbst anging, so befasste sie sich schon in den achtziger Jahren vornehmlich damit, den zahlreichen, immer wirksamer gewordenen Widerständen gegen demokratisch-reformpolitische Gesellschaftsgestaltung nachzuspüren. Dies schlug sich unter anderem in einer gleichzeitigen *sektoralen Differenzierung* und *politischen Entstaatlichung* des Steuerbegriffs nieder: Statt um die Ordnung der Gesellschaft insgesamt ging es zunehmend um die einzelner Sektoren, und an die Stelle von Regieren durch staatliche Programmplanung und Programmimplementation trat Regieren durch Verhandeln. Steuerungstheorie wurde perspektivisch zu einer nach sektoralen Sonderbedingungen differenzierten Erforschung der Bedingungen einer Einbindung vorstaatlich organisierter Partikular- in staatlich-demokratisch formulierte Gemeinwohlinteressen – einer Suche nach Institutionen der Politikformulierung und Politikumsetzung, die das Eigenleben gesellschaftlicher Gruppen und deren Widerständigkeit berücksichtigen, es aber zugleich für gesellschaftliche Steuerungsinteressen in Dienst stellen sollten, was in der Korporatismusforschung mitunter als *public use of private organized interests* (Streeck und Schmitter 1985) bezeichnet wurde.⁶

Im Ergebnis bedeutete die Annäherung der Steuerungstheorie mit ihren Ursprüngen in Verwaltungs- und Policy-Forschung an die etwa zur selben Zeit, in Reaktion auf die nach 1968 gewachsene Gewerkschaftsmacht und die Bemühungen westlicher Regierungen um eine wirkungsvolle Einkommenspolitik entstandene Korporatismustheorie die Ablösung eines staatszentrierten durch ein polyzentrisch-pluralistisches Steuerungsmodell. Obwohl damit zum Entsetzen mancher die legale Zurechenbarkeit von politischen Entscheidungen ebenso aufgeweicht wie die Forderung nach formal gleichen Einflusschancen aller Bürger unterlaufen wurde, blieb für die weiterentwickelte Steuerungstheorie der Staat zentraler Akteur im Steuerungsverbund, wenn auch nur de facto aufgrund überlegener Machtmittel (»die Rute im Fenster«) und, nicht zuletzt, der ihm von der Wissenschaft zu liefernden Erkenntnisse über Möglichkeiten einer wirkungsvollen Nutzung partikularer Interessen für das demokratisch definierte Gemeinwohl. Damit bewegte sich die Steuerungstheorie, wenn man so will, von einer Betriebswirtschaftslehre des demokratischen Staates als eines integrierten Entscheidungskonzerns hin zu einer als Praxislehre nutzbaren Theorie des Managements von Netzwerken der Politikproduktion zwischen staatlicher Regierung und gesellschaftlicher Selbstorganisation.

Auch diese Lösung hielt jedoch nicht lange. Vielleicht wäre es der korporatistisch erweiterten Steuerungstheorie mit der Zeit tatsächlich gelungen, die Prinzipien ausfindig zu machen, mit deren Hilfe der Staat organisierte Partikularinteressen

6 Einer Suche, deren praktische Relevanz, das heißt deren Nutzungs- und Nutzerorientierung ihr aufgrund ihres Gegenstandes auch

dann noch als »objektiver Sinn« zurechenbar war, wenn sie historisch von den Beteiligten nicht oder nicht mehr intendiert war.

in kollektiv verantwortliche *private interest governments* (ebd.) hätte verwandeln können. In den achtziger Jahren jedoch, in einer Zeit beschleunigter Liberalisierung und Internationalisierung, erledigte sich dieses Problem dadurch, dass der nationale Interventionsstaat, der das von der Theorie zu entwickelnde Steuerungswissen hätte nutzen sollen, seine Handlungsfähigkeit und damit sein Interesse an dieser zu verlieren begann. In der Folge setzten die Staaten des in Desorganisation begriffenen Kapitalismus zur Disziplinierung von Partialinteressen immer weniger auf die Kunst der Konzertierung – auf Organisierung und Verhandlung – und immer mehr auf den Druck von Markt und Wettbewerb (Streeck 2009). Die Frage, ob die Politik die gesellschaftliche Entwicklung auf demokratisch beschlossene kollektive Ziele hin steuern könne – das Thema des weithin so wahrgenommenen Disputs zwischen Bielefelder »Steuerungspessimismus« und Kölner »Steuerungsoptimismus« – war damit, sozusagen durch einen Schwächeanfall des Steuermanns, gegenstandslos geworden, bevor sie, vielleicht, theoretisch oder gar praktisch hätte entschieden werden können. Am Ende, so Mayntz und Scharpf in ihrer Rede anlässlich der Verleihung des Luhmann-Preises 2004 (Mayntz und Scharpf 2005), hatte Luhmann gewonnen – aber nicht wie er erwartet hätte: infolge einer autopoietischen gegenseitigen Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Subsysteme einschließlich des politischen Systems, sondern wegen eines historisch-kontingenten, teils erlittenen und teils selbst zugefügten Rückgangs der Handlungsfähigkeit des Staates, der einer einschneidenden Veränderung der, wenn man so will, transzendentalen Bedingungen sozialwissenschaftlicher Theorieproduktion und -verwendung gleichkam.

III.

Das Projekt einer Steuerungstheorie des demokratischen Interventionsstaats scheiterte an dessen spätestens in den achtziger Jahren einsetzendem Struktur- und Funktionswandel. In dem Maße, wie im Zuge von Liberalisierung und Internationalisierung in Märkte eingebettete Staaten an die Stelle von in Staaten eingebetteten Märkten traten, verlor die Vorstellung von Politik als planmäßiger Selbstumformung staatlich verfasster Gesellschaften nach Maßgabe kollektiv beschlossener Ziele an forschungsleitender Plausibilität. Damit, so mein Eindruck, standen und stehen politische Makrosoziologie und politische Ökonomie vor der Notwendigkeit, nach einer neuen Aufgabenbeschreibung zu suchen. Ich möchte im Folgenden fünf Facetten der Entwicklung der Sozialwissenschaften in der gegenwärtigen Übergangsphase nach dem Ende der Steuerungstheorie und unter dem Eindruck eines neuerlich selbststeuernden Kapitalismus kurz und kritisch beschreiben, ohne Anspruch auf Vollständigkeit oder Systematik. Meine These ist, dass jede von ihnen auf ihre Weise die mit dem Ende des organisierten Kapitalismus veränderte Adressatenkonfiguration sozialwissenschaftlicher Theoriebildung reflektiert, ohne auf diese allerdings eine überzeugende Antwort geben zu können. Im letzten Teil werde ich diskutieren, wie eine solche Antwort heute möglicherweise aussehen könnte.

(1) »Governance«-Forschung als Schwundstufe der Steuerungstheorie. Schon die Pluralisierung des Steuerungskonzepts in der Weiterentwicklung der Steuerungstheorie – die Ersetzung der staatlichen Entscheidungsfabrik durch flexible Netzwerke von

Entscheidungszulieferern – hatte die Rolle des Staates bei der Gestaltung der sozialen Ordnung relativiert. Ein Ausdruck hiervon war die wachsende Popularität des aus der institutionellen Ökonomie entlehnten Begriffs der *governance*, sowohl in der korporatistischen Tradition (Hollingsworth, Schmitter und Streeck 1994) als auch in der eigentlichen Steuerungstheorie,⁷ wo er immer öfter an die Stelle des offensichtlich zunehmend als zu eng und zu etatistisch empfundenen Begriffs der Steuerung trat. Zunächst sollte *governance*, ähnlich wie der gleichzeitig in – inflationären – Gebrauch gekommene Begriff des »Netzwerks«, wohl lediglich der beobachteten Komplexität und dem oft diffusen Charakter realweltlicher politischer Entscheidungsprozesse Rechnung tragen. Später allerdings wirkte sich aus, dass der Begriff sowohl die Kunst der Konzertierung verschiedener Akteure auf ein intendiertes kollektives Ziel hin bezeichnen kann als auch das beiläufige Zustandekommen einer Ordnung aus dem ungeplanten Zusammenwirken voneinander unabhängiger Einzelner – ebenso wie ein Netzwerk einen fokalen Akteur, der die anderen Akteure um sich herum organisiert, haben oder nicht haben kann. So konnte sich, zweifellos unter dem Eindruck der tatsächlichen politischen Entwicklung, die Bedeutung von *governance* unmerklich so verschieben, dass der Begriff neben Konzertierung auch ungeplante Ordnungsbildung und eine von staatlicher Regierung (*government*) unabhängige Ordnungsbildung mittels des privaten Zusammenwirkens einer Vielfalt unterschiedlichster Beteiligter einschloss. Damit aber musste es zunehmend als problematisch empfunden werden, *governance* weiterhin als »Steuerung« zu übersetzen, und in der Tat wanderte das englische Wort bald in die deutsche Sprache ein, wo es das deutsche fast völlig verdrängte.

Zur Kritik des Governance-Begriffs und der mit ihm operierenden neueren Literatur hat Claus Offe in einem scharfsinnigen Aufsatz kürzlich alles Nötige ausgeführt (Offe 2008). Auf den ersten Blick erscheint Governance konzeptionell lediglich als Weiterentwicklung von Steuerung in Anpassung vor allem an die veränderte Situation des Nationalstaats und die im Zuge der Desorganisation des Nachkriegskapitalismus erhöhte Komplexität politischer Felder – wenn der Begriff nicht lediglich als Oberbegriff für jede Art von Ordnungsbildung, ob mit oder ohne Government, dient. Damit aber wird, so scheint mir, der fundamentale historische wie systematische Unterschied zwischen Steuerung auf einen Sollwert hin, an dessen Verwirklichung man ihren Erfolg messen kann – Steuerung nämlich als Verfolgung eines Projekts –, und der Herausbildung einer Ordnung als beiläufiges Ergebnis eines »freien Spiels« beliebiger interessierter Kräfte unkenntlich gemacht.⁸ Zugleich kann man, wenn man will, in den Begriff die beruhigende Botschaft hineinlesen, dass eine gute Ordnung auch ohne einen faktisch und normativ privilegierten und handlungsfähigen Kollektivakteur wie den demokratischen Wohlfahrtsstaat zustande kommen kann, dessen Ziele als legitime Sollwerte der Gesellschaft als ganzer deren »Gemeinwohl« repräsentieren. Ordnung, so der Tenor, gibt es auch nach dem Ende des nationalen Interventionsstaats, wenn ohne Steuerung durch Government, dann aber jedenfalls durch Governance.

7 Siehe dazu die Sammlung der einschlägigen Arbeiten von Renate Mayntz 2009.

8 Ein Unterschied, der ziemlich genau dem

zwischen einer handlungstheoretischen und einer verhaltenswissenschaftlich-behavioristischen Theorieperspektive entspricht.

Für die Sozialwissenschaften, denen der demokratische Interventionsstaat als Bezugspunkt verlorengegangen ist, hat die Erweiterung der Steuerungs- durch eine Governance-Perspektive auf den ersten Blick nur Vorteile. Erstens erlaubt sie ihnen, sich aus möglicherweise realitätsfremd, in jedem Fall aber unbequem gewordenen normativen Bezügen zu lösen. Im Unterschied zu Steuerung ist Governance als Konzept projekt- und wertfrei, politisch kühl und unaufgeregt positivistisch; dies steigert seine wissenschaftliche Reputierlichkeit.⁹ Zweitens ermöglicht sie in der Konzeptionalisierung von gesellschaftlicher Ordnung als unintendiertes Produkt eines freien Zusammenspiels widerstreitender Kräfte eine diskrete Annäherung an die neue Leitwissenschaft, die Ökonomie, und erinnert an die Leitinstitution des neuen Liberalismus, den Markt. Drittens kann sie nicht als nostalgische Verlustanzeige missverstanden werden und sendet die für die Verbreitung von Theorien in den Sozialwissenschaften förderliche optimistische Grundbotschaft – in diesem Fall, dass man sich auch nach der Abdankung des demokratischen Staats um die soziale Ordnung und die Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse keine Sorgen zu machen braucht.

Hier allerdings gibt es dann doch noch ein Problem. Die von Steuerungsansprüchen entlastete, sozusagen ziellos gewordene Governance-Theorie unterscheidet sich von der neoklassischen Ökonomie dadurch, dass sie allenfalls hoffen, nicht aber theoretisch begründet versprechen kann, dass das von ihr beobachtete und als ordnungstiftend sanktionierte freie Spiel der gesellschaftlichen Kräfte ein wie auch immer geartetes effizientes Gleichgewicht hervorbringen wird. Governance ist Ordnung nicht nur ohne Ziel, sondern auch ohne unsichtbare Hand. Ein Mechanismus, von dem man mit welcher Begründung auch immer erwarten könnte, dass er im Gewimmel der Akteure und Strategien einen stabilen, pareto- oder sonstwie optimalen Interessenausgleich herstellen wird, ist nicht vorgesehen. Während die Ökonomen immerhin behaupten können, dass sie mit dem Grenznutzensausgleich einen solchen, noch dazu mathematisch modellierbaren, Mechanismus gefunden haben, der »von selbst« Zustände hervorbringt, die in einem präzisierbaren Sinn besser sind als alle alternativen Zustände, kann eine Theorie von *Governance ohne Government* über die Ergebnisse derselben nur sagen, dass – und vielleicht aufgrund welcher kausaler Zusammenhänge – sie sich ergeben haben, und im Übrigen hoffen, dass sie irgendwie »reichen« werden. Ausschließen, dass das, was als Ordnung entsteht, in Wahrheit Unordnung ist, kann sie nicht.

(2) *Politikforschung ohne Demokratie*. Eine zweite Facette der Entwicklung der Sozialwissenschaften im Übergang zum selbststeuernden Kapitalismus ist die Rückkehr zu einem revisionistischen – oder genauer: vortpartizipativen – Demokratiebegriff, sichtbar an der bemerkenswert abgeklärten Haltung der heutigen Politikwissenschaft gegenüber Erscheinungen, die noch vor kurzem als alarmierende Symptome einer beginnenden Krise der Demokratie gelesen worden wären.¹⁰ Damit meine ich

9 Zu Governance muss man sich nicht bekennen, es gibt sie; man muss nicht um sie fürchten, es gibt sie irgendwie immer; und man muss sie nicht beurteilen, weil man nicht wissen kann, wie sie anders sein könnte, als sie ist. Das ist bei Steuerung ganz anders.

10 »Partizipatorische« oder »deliberative« Demokratietheorien gibt es noch, aber sie sind mehr oder weniger in die Schattenexistenz einer Subdisziplin abgedrängt. In der Wahl- und Parteiforschung, also der Untersuchung der real existierenden Demokratie, spielen

zum Beispiel, dass in den entwickelten Demokratien die Wahlbeteiligung seit Jahren ebenso stetig zurückgeht wie das Ansehen der politischen Parteien und das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Politik und des Staates; dass die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen der Nachkriegsdemokratie überall mit dem demographischen Wandel zugleich überaltern und abschmelzen; die Unterschiede zwischen den Parteien immer undeutlicher werden und ihr Führungspersonal immer ratloser; wachsende politische Apathie einhergeht mit einem breiten Übergang der Medien zu Politainment und der Parteien zu Politmarketing usw. Was läge näher, sollte man meinen, als diese und andere Entwicklungen in Zusammenhang zu bringen mit der großflächigen Auslagerung formaler Entscheidungskompetenzen und faktischer Entscheidungsgewalt aus den politischen und politisierbaren Entscheidungsarenen der Nationalstaaten in internationale Exekutivorgane oder Regulierungsagenturen nach Art der Europäischen Zentralbank oder des Europäischen Gerichtshofs, die gegen politische Mobilisierung und wechselnde Wahlergebnisse immunisiert sind – und natürlich auch mit der beschleunigten Abtretung von Allokationsentscheidungen durch die politischen Verfassungsorgane an unpolitische und, vor allem, politisch verantwortungslose Märkte?¹¹

Dass es nötig werden könnte, Demokratie gegen Liberalisierung zu verteidigen, scheint erstaunlicherweise kein Thema zu sein, das die Politikwissenschaft besonders interessiert.¹² Dabei war, wie gesagt, die Politikwissenschaft in ihren Anfängen die Demokratie-Wissenschaft par excellence. Heute dagegen kann man sich als Politikwissenschaftler als wahrhaft professionell qualifizieren, indem man auf Anfrage versichert, dass man Wandel auch überschätzen kann; dass alles schon einmal da gewesen ist; und dass sowieso nicht alles so heiß gegessen wird, wie es gekocht wird. Zu genügen scheint, dass nicht nur die etablierten Parteien der Mitte, sondern auch die antidemokratische Rechte und die antikapitalistische Linke gegen die wachsende politische Erwartungslosigkeit immer größerer Teile der Bevölkerung nicht ankommen. Nur selten wird die doch gar nicht so unplausible Möglichkeit in Betracht gezogen oder gar als alarmierend empfunden, dass sich die europäischen Demokratien auf einem amerikanischen Weg befinden könnten:¹³ in eine Situation, in der Politik angesichts der Übermacht freier Märkte und einer Hayekschen, gegen Politisierung abgeschirmten Wirtschaftsverfassung zu einem folgenlosen Medienspektakel beziehungsweise einem inhaltsleeren Machtkampf um den Staatsapparat zwischen rivalisierenden Familien-Clans oder Lifestyle-Cliquen werden könnte, ohne praktische Bedeutung für das Leben der großen Masse – weshalb es denn auch als folgerichtig erscheint, dass gerade die, die Politik am nötigsten hätten, die am unteren Rand der Marktgesellschaft, sich am wenigsten von ihr erhoffen und ihr, weil sie für bürgerliche Hobbys keine Zeit und kein Interesse haben, am häufigsten fernbleiben.

sie keine Rolle, und noch weniger in der politischen Ökonomie, sowohl in ihrer effizienztheoretischen wie in ihrer historisch-institutionalistischen Version.

11 Siehe hierzu den Übersichtsartikel von Armin Schäfer 2008.

12 Eine der wenigen Ausnahmen ist die Abschiedsvorlesung von Heidrun Abromeit vom April 2007, in der sie ihre Disziplin hierfür scharf kritisiert (Abromeit 2007).

13 Siehe aber Crouch (2004), der freilich Soziologe ist und nicht Politikwissenschaftler.

Warum gibt es in der Politikwissenschaft von heute so wenig Diskussion über die Zukunft der Demokratie nach dem Ende des organisierten Kapitalismus? Warum stattdessen immer wieder neue Tests immer abstrakter werdender Modelle des *median voter*, der *minimal winning coalition* und des mutmaßlichen Verhaltens von Veto-Spielern aller Art? Nach den materiellen und partizipativen Demokratietheorien der siebziger und achtziger Jahre scheint der Mainstream der Politikwissenschaft zu den sechziger Jahren zurückgekehrt zu sein, als politische Apathie einschließlich einer niedrigen Wahlbeteiligung als Ausdruck gesunder Immunität gegen den Radikalismus von links und rechts galt. Heute, da es zur liberalen Demokratie keine Alternative mehr zu geben scheint, ermöglicht der Wechsel zu einer revisionistischen Demokratietheorie, unbequem gewordene konzeptionelle Erbschaften professionalisierungsfördernd zu entsorgen und zu vermeiden, als ewiggestrige Verteidiger eines normativ aufgeladenen Demokratiebegriffs zu erscheinen, für den es kein praktisches Projekt mehr geben kann. Im Übrigen besteht, wenn man Steuerung durch *Government* zugunsten von *Governance* aufgegeben hat, ohnehin kein Anlass mehr, sich über Demokratie Sorgen zu machen: Governance, ebenso wie Märkte, braucht Demokratie – im herkömmlichen Sinne von populärer Massendemokratie – nicht nur nicht, sondern ersetzt sie auch, und funktioniert ohnehin am besten ohne sie. Wenn soziale Ordnung sich sektorspezifisch von Fall zu Fall von selbst ergeben soll und muss, kann durch politische Mobilisierung vermittelte kollektive Intentionalität nur stören. Besser, Politik und Demokratie werden von realen Entscheidungen abgekoppelt – die in die Expertengremien irgendeiner *comitology* verlagert werden, wo es statt um »Ideologie« und »Populismus« um »Sachprobleme« und »Expertenwissen« geht¹⁴ – und in selbstreferentielle Spielfelder eines sportlichen Prominentenwettbewerbs verwandelt. Um ihre Zukunft, und natürlich die einer sie verständnisvoll begleitenden Politikwissenschaft, die analog zur Sportwissenschaft für die Ausbildung von Trainern und anderem Hilfspersonal sorgt, einschließlich sachkundiger Beobachter, Berichterstatter, Kommentatoren und Statistiker, muss einem dann nicht bange sein.

(3) *Wirtschaftstheorie als Leitwissenschaft*. Dadurch, dass der Staat im neuen Liberalismus darauf verzichtet, die Gesellschaft auf materielle Ziele hin zu steuern, verschwindet er nicht. Auch nach dem Ende des demokratischen Interventionsstaats gibt es noch staatliche Politik – ein Umstand, der bei manchen den falschen Eindruck erzeugt, es habe sich im Grunde nichts geändert. Tatsächlich ist längst offenkundig, dass für den Rückzug der Politik von der Gesellschaftsteuerung und die Übertragung derselben an den Markt ironischerweise ein starker Staat benötigt wird, der weit unabhängiger von der Gesellschaft ist und erheblich »etatistischer« agieren kann als sein Vorgänger.

Zwei Aufgaben vor allem muss neoliberale Politik bewältigen: die Durchsetzung von Märkten – also die Abwehr gesellschaftlicher Forderungen nach schützenden und stabilisierenden Eingriffen in das Gefüge relativer Preise – und ihre Ausgestaltung. Märkte gibt es nicht von selbst, und wie sie funktionieren hängt davon ab, nach welchen Regeln sie funktionieren. Historisch waren Märkte meist vom Staat lizenzierte,

14 Und die befähigende Einladung zur Teilnahme an »deliberativer Demokratie« an die

Stelle der klassischen politischen Bürgerrechte tritt.

geordnete und geschützte Institutionen – oder wurden es in dem Maße, wie sie an Bedeutung gewannen. Mit der Delegation von immer mehr Allokationsentscheidungen an politisch einzurichtende freie Märkte muss es deshalb für die Politik darum gehen, diese unter unterschiedlichen sektoralen Produktions-, Informations- und Kommunikationsbedingungen jeweils so einzurichten, dass sie möglichst reibungslos zu einem effizienten Gleichgewicht gelangen. Damit aber hören ungeachtet des Rückbaus des demokratischen Interventionsstaats die steuernden Eingriffe des Staates in die Wirtschaft nicht auf, auch wenn direkte Steuerung im Sinne materieller Ziele durch indirekte Steuerung vermittels Durchsetzung marktförmiger Selbststeuerung abgelöst wird.

Die avancierte ökonomische Theorie hat seit langem gewusst, dass der Begriff des Marktes allenfalls ein Sammelbegriff ist und Märkte auf höchst unterschiedliche Weise geregelt sein können und müssen. Zu den hier einschlägigen Themen gehören die Regulierung von Wettbewerb in Sektoren mit schwierigem Marktzutritt und natürlichen Monopolen oder Netzwerkexternalitäten, oder die Organisation von Auktionen. Manche der dabei auftretenden Fragen sind so kompliziert, dass sie allein deduktiv nicht lösbar scheinen und nach Laborexperimenten oder gar empirischer Feldforschung verlangen. Ein Extremfall ist die seinerzeit als Durchbruch gefeierte, freilich ohne paradigmatische Folgen gebliebene Untersuchung des Beschäftigungseffekts eines höheren Mindestlohns durch Befragung eines Samples potentieller Arbeitgeber (Card 1992).

Ähnlich wie bei der Steuerungstheorie der siebziger Jahre geht es bei der Ausgestaltung effizienter Tauschregime um die Rationalisierung gesellschaftlicher Entscheidungsapparate. Der Unterschied ist, dass es sich bei diesen heute nicht mehr um Staaten oder Organisationen handelt, sondern um Märkte. Als Disziplin zuständig ist deshalb nicht mehr die Politikwissenschaft oder die Soziologie, sondern die Ökonomie. Sie ist es, die als erste gefragt wird, wenn die Politik im neuen Kapitalismus wissen will, nach welchen Regeln selbst regulierte Märkte sich regulieren sollen. Auch insofern hat sich der politische Diskurs im Gefolge von Internationalisierung und Liberalisierung ökonomisiert.

(4) *Gesellschaftstheorie als Hilfswissenschaft*. In anderen Worten, die politische Theorie neoliberaler Governance ist nicht eine Theorie sozialer Integration, sondern eine ökonomische Effizienztheorie. Das schließt nicht aus, dass auch die hegemonial gewordene Wirtschaftstheorie gelegentlich bei den ihr ansonsten als nicht »rigoros« genug geltenden Sozialwissenschaften Rat sucht. Die Situation ähnelt der, wenn ein Atomphysiker oder Pflanzengenetiker, ratlos angesichts des Widerstands der Bevölkerung oder der Politik gegen seine Erfindungen, sich als letztes Mittel bei den Kollegen von Politikwissenschaft oder Soziologie nach Wegen zur Überwindung dessen erkundigt, was er als gesellschaftliche »Technikfeindlichkeit« wahrnimmt: »Das ist doch Ihr Gebiet!« Sozialwissenschaftler erscheinen dann als Lieferanten von Umsetzungs- und Durchsetzungswissen: als Hilfswissenschaftler für die Ausschaltung irrationaler Widerstände gegen wissenschaftliche Rationalität. Auch Ökonomen rätseln immer wieder, warum »die Leute« nicht tun wollen, was sie tun müssten und würden, wenn sie so rational wären, wie sie sein sollten: also Strukturwandel fördern, mehr Wettbewerb fordern, gegen Umverteilung rebellieren und die Herabsetzung des Arbeitslosengeldes II auf 131 Euro im Monat unterstützen – und warum Politiker entweder zu dumm

oder zu opportunistisch sind, in die Tat umzusetzen, was die wissenschaftlich durchgerechneten Modelle der Ökonomie ihnen vorgeben. Von den Sozialwissenschaften wird dann erwartet, dass sie geeignete PR-Techniken zur Umerziehung kurzsichtiger, sich selbst schädigender Akteure zu rationalitätskonformem Verhalten zur Verfügung stellen beziehungsweise, wenn diese nichts helfen, Methoden zur Umgehung eines irrationalen Volks- oder korrupten Politikerwillens, um die theoretischen Modelle der Ökonomie vor den »Verunreinigungen« zu bewahren, die ihnen drohen, wenn sie aus dem Himmel der Ideen in die materielle Wirklichkeit übertragen werden sollen.

Hinzu kommt, dass auch eine liberale Marktgesellschaft, von marktschaffender Politik auf dem Weg zu dieser nicht zu sprechen, sozialpolitischer Untermauerung und Absicherung bedarf: sei es aus taktischen Gründen, zur Gewährleistung ihrer »Akzeptanz«, oder weil es Voraussetzungen des Funktionierens von Märkten gibt, die durch Märkte nicht hergestellt werden können. Welche Voraussetzungen das sind, mag umstritten sein – etwa, wie viel Befähigung zur Teilnahme an Märkten politisch gewährleistet werden muss oder wie viel Sicherheit flexible Arbeitsmärkte brauchen, damit diejenigen, die an ihnen teilnehmen sollen, das Interesse und die Fähigkeit entwickeln, die von den Nachfragern nach Arbeitskraft erwarteten Qualifikationen aufzubauen. In jedem Fall aber steht Sozialpolitik im selbstgesteuerten Kapitalismus unter dem strengen Primat der Ökonomie. Sie dient der *Ermöglichung*, nicht der *Begrenzung* von Märkten, und ihre Begründung ist eine ausschließlich *funktionalistische*: Wie viel und welche Sozialpolitik nötig ist, bemisst sich allein nach technischen Erfordernissen der Marktunterstützung und *nicht* nach normativen Maßstäben von Verteilungsgerechtigkeit oder der Verwirklichung sozialer Bürgerrechte. Was Inhalt von Sozialpolitik im Neoliberalismus sein soll, muss deshalb nicht auf dem Weg über politische Demokratie, sondern kann effizienztheoretisch, *und streng genommen nur so*, ermittelt werden. Auch das ist übrigens ein Grund, sich über die Zukunft der Demokratie nicht weiter zu sorgen.

Dass dennoch bei vielen in Praxis wie Theorie eine Tendenz besteht, die Kontinuität mit der Sozialpolitik des alten Wohlfahrtsstaats stärker zu betonen als die Diskontinuität, dürfte vor allem daran liegen, dass der Bruch mit der Vergangenheit umso leichter zu vollziehen ist, je weniger er als solcher deklariert wird. In diesem Zusammenhang erscheint bemerkenswert, dass wichtige Richtungen der sozialpolitischen Forschung sich seit einiger Zeit bemühen, die Geschichte der Sozialpolitik der Nachkriegszeit *funktionalistisch zu reinterpretieren*, so als sei Sozialpolitik *schon immer* veranstaltet worden, um die Effizienz des kapitalistischen Wirtschaftssystems und einen ungestörten Fortgang von Akkumulation und Kommerzialisierung zu gewährleisten. Als Hauptakteure erscheinen dann folgerichtig nicht die Arbeiterbewegung oder christliche und andere Reformer, sondern Arbeitgeber und Unternehmen, und als generativer Mechanismus von Sozialpolitik tritt betriebswirtschaftliche Klugheit an die Stelle von demokratischen Klassenauseinandersetzungen – wie etwa in früheren Arbeiten von Peter A. Swenson (1991) und der nach eigener Einordnung »firmenzentrierten« Theorie der »Spielarten des Kapitalismus« (Hall und Soskice 2001). In ökonomistischen Umdeutungen dieser Art verwandelt sich Sozialpolitik auch im Rückblick von einer mit Hilfe politischer Demokratie erkämpften Begrenzung der Vermarktung von Arbeitskraft zu einer klugen Technik der Markterweiterung. Zugleich wird die Theorie

der Sozialpolitik zu einem impliziten Angebot der Sozialwissenschaft an Politik und Ökonomie, die für das jeweilige Produktionsmodell erforderlichen sozialpolitischen Maßnahmen ohne die Unwägbarkeiten demokratischer Beteiligung wissenschaftlich objektiv und wertfrei zu spezifizieren.

Sozialpolitik unter ökonomischer Hegemonie soll für die Bereitschaft der Arbeitnehmer sorgen, sich auf prekäre Marktbeziehungen einzulassen und die ihnen zugewiesenen Aufgaben gewissenhaft und produktiv zu erfüllen. Gerade bei einer »postfordistischen« Produktionsweise soll ja gelten, dass nur »motivierte«, mit ihrer Markt- und Organisationslage zufriedene Arbeiter gute Arbeiter sind. Allerdings sind Arbeiter keine Automaten. Das Niveau an sozialpolitischer Wartung, das sie benötigen, ist nicht ein für alle Mal festgelegt, sondern historisch variabel.¹⁵ Wie viel Sozialpolitik »gebraucht« wird, ergibt sich aus dem jeweils geltenden kulturellen Anspruchsniveau, das unter anderem von Gerechtigkeitsdiskursen und politischen Mobilisierungsprozessen bestimmt wird. In dem Maße aber, wie das, was funktional nötig ist, politisch-kulturell festgelegt wird, kann man das, was man politisch-kulturell für wünschenswert hält, als funktional nötig deklarieren, wenn man glaubt, so dessen Durchsetzungschancen zu verbessern. Normative Postulate wie unabhängige Gewerkschaften, Streikrecht, Mitbestimmung, Kündigungsschutz usw. sind auf diese Weise immer wieder mit Hilfe der Unterstellung, dass Arbeiter ohne ihre Verwirklichung weniger gut arbeiten würden, in ökonomische Effizienztheorien transportiert worden. Rhetorik dieser Art, die man auch als *subversiven Funktionalismus* bezeichnen kann, findet sich heute insbesondere in der *Varieties of Capitalism*-Literatur und bei den Propagandisten eines »europäischen Gesellschaftsmodells«: Schutz vor dem Markt nicht als Bürgerrecht – eine Begründung, der unter dem Vorzeichen des neuen Liberalismus wenig Aussicht auf Erfolg eingeräumt wird –, sondern als Mittel zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistungs- und der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, wenigstens im Produktionsmodell der »koordinierten Marktwirtschaft«.

Subversiver Funktionalismus ist der Versuch, die Forderung nach sozialen Rechten in eine *effizienztheoretische Sklavensprache* zu transformieren und vermittelt immer neuer *adaptive stories* (Gould und Lewontin 1979) unter Inanspruchnahme wissenschaftlicher Autorität das Niveau an redistributiven Interventionen hochzureden, das marktwirtschaftliche Politik in Kauf nehmen müsse, wenn Märkte funktionieren sollen. Derartige Rhetorik kann sehr überzeugend sein, vor allem für die, die mit ihren Resultaten sympathisieren. Das Problem ist aber, dass Behauptungen über praktische Notwendigkeiten der Prüfung durch die Praxis unterliegen. Was Beschäftigte hinnehmen und worauf sie bestehen, hängt durchaus auch davon ab, wie sich Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt konjunkturell zueinander verhalten. Klug eingesetzter wirtschaftlicher Zwang kann funktionalistische Theorien wirtschaftlich notwendiger Sozialpolitik empirisch widerlegen; dasselbe gilt für Prozesse kultureller Demobilisierung und sozialer Entsolidarisierung. Vor allem können erfinderische Arbeitgeber ihren Ehrgeiz dareinsetzen, mit Hilfe ihrer Organisationsmacht den Nachweis zu

15 Anders die verhaltenswissenschaftliche Ökonomie, die den Gerechtigkeitsbedarf des Menschen experimentell messen will – vermutlich, um Agitatoren, die den Leuten

übertriebene Ansprüche einreden wollen, mit wissenschaftlicher Evidenz widerlegen zu können.

führen, dass es auch ohne Konzessionen wie Mitbestimmung und Kündigungsschutz geht und dass Produktionsverlagerungen, Entgewerkschaftung, neue Bonussysteme und Ähnliches genauso gut »funktionieren« wie Mitbestimmung und Kündigungsschutz, und sogar weniger kosten. Aggressiven Argumenten dieser Art hat eine Sozialwissenschaft, die in der Falle eines positivistischen Objektivismus verharret, nichts Überzeugendes entgegenzusetzen.

(5) *Krise des sozialwissenschaftlichen Szientismus*. Fünftens und letztens glaube ich, erste Anzeichen dafür zu erkennen, dass mit dem Verschwinden des virtuellen Adressaten sozialwissenschaftlicher Grundlagenforschung und mit dem Verlust ihres Status als Leitwissenschaft einer gesteuerten und steuernden Demokratie eine allmähliche Abkehr von bestimmten szientistisch-positivistischen Grundüberzeugungen in Gang kommen könnte, aus der sich produktive Perspektiven für die Zukunft herleiten ließen. Hierbei geht es im Wesentlichen um zwei Einsichten, die noch längst nicht zur herrschenden Meinung geworden sind, die sich aber doch, so mein Eindruck, allmählich herumsprechen. Die erste verbirgt sich hinter der auf den ersten Blick ganz unschuldigen Feststellung, dass die Sozialwissenschaften außerstande sind, sogenannte *point predictions* – individuelle Vorhersagen – zu machen. Ich lasse offen, ob die Naturwissenschaften dies besser können, und frage stattdessen, was für Vorhersagen dann noch übrigbleiben, die von praktischem Nutzen sein sollen. Tatsächlich dürften nämlich *point predictions* die einzigen Vorhersagen sein, an denen die Politik ein praktisches Interesse haben könnte. So mag es lehrreich sein zu wissen, dass wirtschaftliches Wachstum zur Entstehung stabiler Demokratien beiträgt. Was man in dieser Hinsicht als politischer Praktiker aber wissen müsste, wäre, ob das auch für China oder die Philippinen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts gilt. Darüber jedoch kann die Wissenschaft nichts sagen. Alles was sie liefern kann, sind Wahrscheinlichkeitsaussagen ohne Einzelfallgarantie, für Demokratisierung ebenso wie, zum Beispiel, für Wahlausgänge und Militärputsche oder den Ausbruch und Ausgang von Kriegen und, natürlich, Finanzkrisen.

Dass die Sozialwissenschaften nichts über einzelne Fälle sagen können, hat solide logische Gründe und ist auch durch eine noch so ingeniose Weiterentwicklung des statistischen Werkzeugkastens nicht zu ändern. Jede Untersuchung großer gesellschaftlicher Einheiten, und nur von Forschung dieser Art ist hier die Rede, hat es unvermeidlich mit Fallzahlen zu tun, die niedriger sind als die Zahl der für die Erklärung ihrer Eigenschaften in Frage kommenden Variablen. Damit aber versagt die auf dem statistischen Ausschluss von Alternativen beruhende Schlusslogik: Jeder Fall wird zu einem Sonderfall, dessen Zukunft offenbleiben muss, bis sie sich in praktischem Handeln realisiert hat. Wenn aber die Wissenschaft der Praxis ihre fundamentale Ungewissheit sowieso nicht abnehmen kann, warum sollte sie dann an einem Erkenntnismodell festhalten, das der Politik etwas verspricht, was es nicht zu halten vermag?¹⁶ Oder genauer: Warum sollte Prognosefähigkeit weiterhin als Kriterium für die Beurteilung von Theorien gelten oder stillschweigend akzeptiert werden, wenn die

16 Zumal auch hier das Neue nichts anderes wäre als eine Erinnerung an vergessene Einsichten der Vergangenheit: »I accuse the classical economic theory of being one of these

pretty polite techniques which tries to deal with the present by abstracting from the fact that we know very little about the future.« (Keynes 1973 [1937]: 115)

Prognosen, an denen die Praxis interessiert wäre, aus logischen Gründen unmöglich sind beziehungsweise genauso gut mit der Intuition eines erfahrenen Praktikers gefunden werden können?

Der zweite Grund, weshalb das Programm einer szientistischen Politik- und Sozialwissenschaft verfehlt erscheint, ergibt sich daraus, dass die Objekte von Gesellschaftsforschung zugleich Subjekte sind, die das, was die Wissenschaft über sie herausbringt, nicht nur zur Kenntnis nehmen, sondern auch auf sie und den Versuch reagieren können, es zu ihrer »Steuerung« einzusetzen. Die Ökonomie spricht hier bekanntlich von »rationalen Erwartungen« und erklärt mit ihnen das Scheitern vor allem keynesianischer makroökonomischer Interventionen. Soziologen haben für dasselbe Phänomen den breiteren und aufschlussreicheren Begriff der *self-fulfilling* beziehungsweise *self-destroying prophecy* (Merton 1957). Er verweist darauf, dass sozialwissenschaftliche Vorhersagen in eben die Lebenswelt einwandern, über deren zukünftige Gestalt sie Auskunft geben sollen – eine Lebenswelt, deren Besonderheit gerade darin liegt, dass sie das wissenschaftliche Wissen über sich selbst zu ihrem eigenen Wissen zu machen und für ihre jeweiligen Zwecke einzusetzen vermag. Auch dies ist alles andere als neu. Aber durch das Verschwinden des virtuellen Abnehmers der Sozialwissenschaften der Nachkriegszeit und ihres tatsächlichen oder eingebildeten Nutzungszusammenhangs – mitsamt der Hoffnung, dass dieser sich durch harte Arbeit an der Theorie oder durch besseres Ergebnismarketing doch noch erhalten lassen würde – könnten die Sozialwissenschaften Raum und Zeit gewonnen haben, sich zu fragen, ob ihre Zukunft nicht darin liegen könnte, sich auf ganz andere Adressaten um- und einzustellen, wenn sie einem kümmerlichen Schicksal als Hilfswissenschaft der Ökonomie entgehen wollen. Bestünde eine aussichtsreiche Möglichkeit nicht darin, die offenkundige Lernfähigkeit der Objekte sozialwissenschaftlicher Forschung gegenüber deren Resultaten, die die Prognosefähigkeit der Sozialwissenschaften so wirksam zu beeinträchtigen vermag, nicht länger als Störfaktor, sondern als Chance anzusehen?

IV.

Welcher praktische Sinn bleibt für die Sozialwissenschaften nach der »Zerfaserung« (Hurrelmann et al. 2008) des nationalen Interventionsstaats? Was könnten sie wem, jenseits von ohnmächtiger Bestandsaufnahme von Ordnungs- oder Unordnungsbildung durch Governance, beschwichtigender Geschreibung der Demokratie im Angesicht fortschreitender Entdemokratisierung, hilfswissenschaftlicher Zuarbeit für einen marktschaffenden Neo-Etatismus und funktionalistischer Rationalisierung von Sozialpolitik noch zu sagen haben? Anders gefragt, wer könnte im Zeitalter der Liberalisierung als Abnehmer und Anwender sozialwissenschaftlicher Forschung an die Stelle des von der Steuerungstheorie vorausgesetzten, dann aber obsolet gewordenen demokratischen Nationalstaats treten?

Zum Traditionsbestand der Sozialwissenschaften gehört nicht nur ihr auf Comte zurückgehendes Selbstverständnis als Ingenieurwissenschaft, sondern auch die mit diesem konkurrierende Vorstellung, dass der eigentliche Adressat der Wissenschaft von der Gesellschaft das öffentliche und gemeinsame Nachdenken ihrer Mitglieder über deren gute Ordnung zu sein habe. Allerdings spielen die aufklärerischen Ambi-

tionen ihrer Frühzeit für die Soziologie und Politikwissenschaft von heute kaum noch eine Rolle. Professionalisierung und Spezialisierung haben die sozialwissenschaftliche Produktion immer esoterischer werden und jedes Eingehen auf den Laienverstand als Profanierung disziplinären Arkanwissens erscheinen lassen: Wer verständlich für Nichtwissenschaftler schreibt, wird in den Augen seiner Kollegen sehr schnell selbst einer. Was immer diese Entwicklung erklären mag, zu ihren Ursachen gehört wohl auch die Erfahrung der oft unerträglichen Trivialisierung sozialwissenschaftlichen Wissens in der Hochzeit seiner öffentlichen Wahrnehmung, den siebziger Jahren, verbunden mit einem Totalverlust wissenschaftlicher Standards in der sich ausbreitenden Betroffenheitsforschung, sowie die schmerzliche Erkenntnis, dass die Öffentlichkeit der Gesellschaft, für die »soziologische Aufklärung« bestimmt sein müsste, nur durch dicke mediale Filter erreicht wird, die jedenfalls nicht nach Regeln wissenschaftlicher Rede und Gegenrede funktionieren.

Dabei wäre heute einiges zu sagen. Viel spricht dafür, dass der Niedergang des wohlfahrtsstaatlichen Steuerungsprojekts bei fortschreitender Ökonomisierung des sozialen Lebens Platz geschaffen hat für eine Wiederentdeckung und Wiederbelebung dessen, was früher als die »kritische Funktion« der Sozialwissenschaften bezeichnet wurde: die systematische Infragestellung von ideologischen Selbstbeschreibungen der Gesellschaft, die entstehende Probleme und bestehende Alternativen und Entscheidungsspielräume und Entscheidungsnotwendigkeiten unerkannt bleiben lassen. In diesem Sinne spricht Michael Burawoy, in seiner Ansprache als Präsident der American Sociological Association 2004 (Burawoy 2005), von einer dringend benötigten *public sociology* als einer wissenschaftlich fundierten Auseinandersetzung mit verbreiteten Missverständnissen über Wesen und Wirkung des neuen Marktkapitalismus. Und in der Tat: Wer wüsste besser als die soziologische Tradition, dass Gesellschaften andere und komplexere Zielfunktionen haben und haben müssen als ihre »Wettbewerbsfähigkeit«; dass die Kommodifizierung von Arbeit, Natur und Geld, und wohl auch von Wissen, nicht straflos ad infinitum getrieben werden kann; dass die marktgerechte »Flexibilisierung« der Lebensverhältnisse an Grenzen stoßen muss, jenseits derer sie die Substanz des gesellschaftlichen Zusammenhalts angreift (vgl. Streeck 2008); dass nicht alle Widerstände gegen Marktexpansion überwindbar sind, oder doch nur um den Preis schwerer gesellschaftlicher und politischer Krisen; und dass selbst Marktwirtschaften für ihr Funktionieren individuelle Befähigungen und soziales Kapital voraussetzen, die nur solidarisch und nicht im Wettbewerb oder zum Zweck ihrer wirtschaftlichen Verwertung aufgebaut, wohl aber durch ihre Nutzung für rational-egoistische Nutzenmaximierung aufgezehrt oder untergraben werden können?¹⁷

17 Als Ersatz für ein Soziologiestudium kann die Erfahrung einer Finanzmarktkrise dienen. So hieß es am 18. September 2008 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (!): »Denn [die Bevorzugung] einer möglichst sicheren vor einer möglichst hohen Rendite ist Ausweis einer praktischen Klugheit, die den Menschen als Gemeinschaftswesen begreift statt als Einzelkämpfer. Nicht im Wettbewerb, sondern in der Kooperation liegen die Grundlagen bleibender Werte. Der Markt wird

abstrakt vernünftige Größe, die scheinbar unbeeinflusst von äußeren Faktoren wie Leidenschaften oder krimineller Energie die Balance zwischen Angebot und Nachfrage herstellt [...], ist ein berückendes Modell, aber ein unmenschliches, weil damit just das ausgeblendet wird, was gemeinhin als das Motiv wirtschaftlichen Handelns gilt: Gewinnstreben – und damit auch die Immoralität des Marktes. Dass nun eine gemäßigte Form des wirtschaftlichen Ehrgeizes triumphieren soll,

Soziologie und politische Ökonomie sind heute viel besser als noch vor einem Jahrzehnt in der Lage, Gesellschaft und Politik mit Wissen über die sozialen Bedingungen der Nachhaltigkeit einer kapitalistischen Marktwirtschaft zu versorgen. Dabei kann es nicht darum gehen, wie Märkte effizienter zu machen wären und Kommerzialisierung effektiver. Wer gesellschaftstheoretische Grundlagenforschung betreibt, findet, sofern er die Regeln der wissenschaftlichen Kunst beachtet, dass eine Marktwirtschaft nicht auf eigenen Füßen stehen kann, sondern in soziale Solidarität und politische Regulierung eingebettet sein muss; dass Märkte nur in Grenzen expandieren können; dass das, wodurch Märkte begrenzt werden müssen, nicht durch Märkte geschaffen werden kann, sondern nur durch ausgleichende, einhegende, sozial rekonstruktive Politik; dass Märkte dies aber nicht wissen können und dass ihre soziale Einbettung und Eingrenzung deshalb Entscheidungen verlangt, die marktförmig nicht zustande kommen können (Beckert und Streeck 2008). Eine Sozialwissenschaft, die dies nicht verschweigt, muss freilich in Widerspruch zum Zeitgeist des neuerlich liberalisierten Kapitalismus geraten. Das bedeutet zugleich, dass sie zur Auskunftsinstant für gesellschaftliche Kräfte wird, die andere Ziele haben als die möglichst weitgehende Kommerzialisierung des sozialen Lebens. Und obwohl sie mitunter auch Hinweise geben kann, was wie gemacht werden müsste, wenn marktförmiger Austausch funktionieren soll, liegt ihr wichtigster Beitrag doch darin, dass sie die dominierenden Weltdeutungen und Handlungsorientierungen der gegenwärtigen Entwicklungsphase des Kapitalismus als bestreitbar und streitig erkennbar macht.

Kurzum, ich plädiere dafür, die Obsoleszenz des szientistischen Programms in den Sozialwissenschaften als Chance für eine Wiederbelebung ihrer aufklärerischen Traditionen zu nutzen. Diese würde verspielt, wenn die Sozialwissenschaften um der Verteidigung ihrer »Wissenschaftlichkeit« willen versuchten, sich in eine zweite Wirtschaftswissenschaft zu verwandeln, indem sie eben jenes rational-egoistische Handlungsmodell adoptierten, das nicht einmal für die erste noch funktioniert. Im Gegenteil dürfte die Zukunft der Sozialwissenschaften in einer systematischen Entwicklung ihres Potentials für eine grundsätzliche Kritik des zeitgenössischen Ökonomismus liegen, wie sie nur mittels eines »verstehenden«, das heißt historisch-kollektive Sinnstrukturen berücksichtigenden Vorgehens geleistet werden kann. Mit dem Ende der Illusion, Vorhersagen würden nicht nur gebraucht, sondern seien auch möglich, ist für eine Wiederentdeckung der entsprechenden Traditionen in der Gesellschaftsforschung heute ausreichend Platz. Nur so, denke ich, können die Sozialwissenschaften einen theoretischen Zugang zu jenen Lebenswelten finden, die rationales Handeln überhaupt erst möglich machen, zugleich aber immer mehr unter den Druck von Verwertungsimperativen geraten, die sie zersetzen. Und nur so könnte sozialwissenschaftliche Theorie der Gesellschaft helfen, allfällige Gegenbewegungen gegen ihre fortschreitende Vermarktung als solche in ihrer Bedeutung zu verstehen, anstatt sie als zeitweilige Implementationsprobleme auf einem unaufhaltsamen Aufstieg der kapitalistischen Weltwirtschaftsgesellschaft auf immer höhere Niveaus ökonomischer Rationalität abzutun.

die Nachhaltigkeit von Erfolg vor dessen Ausmaß setzt, das zeigt eine Rückkehr zum moralischen Diskurs, für den es angesichts der Ratlosigkeit der Finanzexperten ange-

sichts des von ihnen angerichteten Debakels höchste Zeit ist. Ehrgefühl kostet wenigstens nichts.«

Eine Gesellschaftstheorie, die soziale Integration als die unentbehrliche nicht-rationalisierbare Voraussetzung rationalen Handelns anerkennt, die sie ist, wird unvermeidlich advokatorisch: Sie wird zum Interessenvertreter der sozialen Lebenswelt gegen eine unbegrenzte Expansion des Marktes. Ist sie dann noch »wertfreie« Wissenschaft? Mir scheint die Frage deshalb falsch gestellt, weil jede Sozialwissenschaft insofern immer auch advokatorisch ist, als ihre Resultate, wie eingangs betont, unweigerlich in einen gesellschaftlichen Handlungszusammenhang einfließen, in dem sie gar nicht anders können als orientierende Wirkungen zu entfalten. Nirgends ist das übrigens deutlicher als in der Ökonomie, deren angeblich rein formale Modelle im gesellschaftlichen Selbstverständnis als rhetorische Normalisierung des rationalen Egoismus und als dringliche Empfehlung einer allgemeinen nutzentheoretischen Durchrechnung der menschlichen Lebensverhältnisse ankommen. Auch hier wirkt sich aus, dass die Objekte der Sozialwissenschaften Subjekte sind, die deren Ergebnisse rezipieren und auf sich selbst beziehen können. Als »wertfrei« erscheinen sozialwissenschaftliche Theorien ironischerweise am ehesten dann, wenn ihre impliziten Empfehlungen sich in nahtloser Übereinstimmung mit dem Zeitgeist befinden: wie etwa die Konstruktion des »egoistischen Gens« (Dawkins 1989) und die mit ihr transportierte Naturalisierung von Selbstinteresse und Wettbewerb. Eine sozialwissenschaftliche politische Ökonomie mag deshalb in der Tat Gefahr laufen, als wertgebunden und projektgetrieben, also advokatorisch und damit unwissenschaftlich zu erscheinen; aber das sagt nichts über die Theorie, sondern nur etwas über den Kontext ihrer Rezeption.

Kann man den Sozialwissenschaften empfehlen, gegen den Strom zu schwimmen und sich, wohlgerichtet in Einklang mit soliden Ergebnissen empirischer und theoretischer Forschung, mit einem gesellschaftlich-kulturellen Projekt zur Verteidigung sozialer Integration gegen den rationalen Egoismus des ökonomischen Handlungsmodells zu verbünden? Diese Frage hat viele Aspekte, auf die ich hier nicht eingehen kann. Ich will mich im Folgenden allein mit dem Problem befassen, ob für eine derartig engagierte Sozialwissenschaft überhaupt realistische Aussichten bestehen, ihren Adressaten, das öffentliche Bewusstsein der Gesellschaft von sich selbst, auf wirkungsvolle Weise zu erreichen.

Auf den ersten Blick scheint hier kaum Hoffnung zu bestehen. Die Medien, durch die hindurch die Gesellschaft sich selbst beobachtet, berichten vor allem dann über Wissenschaft, wenn diese geheime Kräfte entdeckt zu haben scheint, die unser Verhalten bestimmen, ohne dass wir es merken: etwa wenn Forscher »beweisen«, dass das, was wir für Altruismus halten, »in Wahrheit« unserem Eigeninteresse dient, oder dass Liebe »nichts anderes« ist als ein über den Geruchssinn gesteuerter Mechanismus genetisch effizienter Partnerwahl; oder wenn die hirnelektrische Determiniertheit unseres vermeintlich freien Willens naturwissenschaftlich »nachgewiesen« und anschließend über die anscheinend unbegrenzten Möglichkeiten dessen spekuliert wird, was unter der schönen Bezeichnung »Neuro-Marketing« läuft. Andererseits wird die Auseinandersetzung über das Verhältnis von Wirtschaft und Gesellschaft unter den Bedingungen des liberalisierten Kapitalismus ohnehin nicht unter »Vermischtes« im *Kölner Stadtanzeiger* und nicht einmal im Wissenschaftsteil der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* entschieden. Vielleicht ist ja der verbreitete Pessimismus über die mög-

liche öffentliche Wirksamkeit der Sozialwissenschaften überhaupt nur eine Folge zu bescheidener Ansprüche. Sozialwissenschaftliche Aufklärung mittels Presseerklärung muss wohl in der Tat scheitern. Aber wenn man unter ihr ein langfristiges Eindringen von empirisch und theoretisch geprüftem Wissen über die sozialen Grundlagen menschlichen Lebens in die Tiefenschichten des kulturellen Bewusstseins einer Gesellschaft versteht, dorthin, wo es bei der Produktion von kollektiven Selbstbeschreibungen mit Wahrheitsanspruch nur gewaltsam oder um den Preis der Lächerlichkeit ignoriert werden kann, sind die Aussichten möglicherweise besser.

Krisen wie die gegenwärtige auf den Weltfinanzmärkten helfen natürlich. Aber es ginge wohl auch ohne sie. Das, was eine aufklärerische Sozialwissenschaft zu sagen hat, in Empirie und Theorie und in Forschung und Lehre, wäre ja nichts grundsätzlich Neues: dass nämlich die auf menschlicher Empathie beruhende soziale Solidarität, beschrieben von Adam Smith in der *Theory of Moral Sentiments* (Smith 1979 [1759]), der aus selbstinteressierter Rationalität hervorgehenden spontanen Ordnung des Marktes, dargestellt in *Wealth of Nations* (Smith 1993 [1776]), *logisch und funktional vorausgeht*. Als Bewahrer, Mehrer und Verbreiter dieser Einsicht, in methodisch disziplinierter Auseinandersetzung mit Weltdeutungen, in denen Vergesellschaftung entweder als Hindernis oder als Hilfsmittel für ökonomische Rationalisierung erscheint, haben die Sozialwissenschaften, so denke ich, auch nach der Steuerungstheorie eine unentbehrliche öffentliche, kulturelle wie politische Funktion. Alles, was von ihnen verlangt wird, damit sie diese erfüllen, ist, dass sie ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen und ihre besseren Einsichten nicht im Streit der Fakultäten um die höheren Weihen des Szientismus verleugnen. Je besser wir als Forscher und Lehrer sind, desto eher wird es uns gelingen, den gesellschaftlichen Ideenvorrat für die Wahrnehmung der solidarischen Grenzen und Grundlagen von Markt und Selbstinteresse offenzuhalten und damit die ideellen Voraussetzungen für Konzeption und Legitimation rekonstruktiver Reformpolitik zu sichern. Hierzu beizutragen ist die praktische Intention hinter dem neuen Forschungsprogramm des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung (Beckert und Streeck 2008). Da das, was sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung vor dem Vergessenwerden bewahren soll, in jedem denkbaren Sinn wissenschaftlich wahr und nach allen wissenschaftlichen Regeln beweisbar ist, sollte die Aufgabe lösbar und eigentlich nicht einmal besonders schwer sein.

Literatur

- Abromeit, Heidrun 2007: Gesellschaften ohne Alternativen. Zur Zukunftsunfähigkeit kapitalistischer Demokratien. Working Paper Nr. 11. Darmstadt: Technische Universität Darmstadt, Institut für Politikwissenschaft.
- Beckert, Jens und Wolfgang Streeck 2008: Economic Sociology and Political Economy. A Programmatic Perspective. MPIfG Working Paper Nr. 08/4. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Burawoy, Michael 2005: For Public Sociology. 2004 Presidential Address. American Sociological Association, in: American Sociological Review 70. 1, 4–28.

- Card, David 1992: Do Minimum Wages Reduce Employment? A Case Study of California, 1987–89, in: *Industrial and Labor Relations Review* 46. 1, 38–54.
- Crouch, Colin 2004: *Post-Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Dawkins, Richard 1989: *The Selfish Gene*. Oxford: Oxford University Press.
- Gould, Stephen Jay und R. C. Lewontin 1979: The Spandrels of San Marco and the Panglossian Paradigm: A Critique of the Adaptationist Programme. *Proceedings of the Royal Society of London. Series B, in: Biological Sciences* 205. 1161, 581–598.
- Hall, Peter A. und David Soskice 2001: An Introduction to Varieties of Capitalism, in: dies. (Hg.): *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford: Oxford University Press, 1–68.
- Hollingsworth, J. Rogers, Philippe C. Schmitter und Wolfgang Streeck (Hg.) 1994: *Governing Capitalist Economies. Performance and Control of Economic Sectors*. Oxford: Oxford University Press.
- Hurrelmann, Achim et al. 2008: Die Zerfaserung des Nationalstaates: Ein analytischer Rahmen, in: dies. (Hg.): *Zerfasert der Nationalstaat? Die Internationalisierung politischer Verantwortung*. Frankfurt a. M. und New York: Campus, 21–52.
- Keynes, John Maynard 1973 [1937]: *The General Theory of Employment*, in: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*. Band XIV. Reprint 1989. London u. a.: Macmillan, 109–123.
- Mannheim, Karl 1951: *Freedom, Power and Democratic Planning*. London: Routledge & Kegan Paul.
- Mayntz, Renate 2009: *Über Governance*. Frankfurt a. M. und New York: Campus.
- Mayntz, Renate und Fritz W. Scharpf 2005: *Politische Steuerung – Heute?* MPIfG Working Paper Nr. 05/1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Merton, Robert K. 1957: *Social Theory and Social Structure*. Glencoe, IL: The Free Press.
- Offe, Claus 2008: Governance: »Empty Signifier« oder sozialwissenschaftliches Forschungsprogramm?, in: Gunnar Folke Schuppert und Michael Zürn (Hg.): *Governance in einer sich wandelnden Welt*, in: *Politische Vierteljahresschrift. Sonderheft 41*, 61–76.
- Polanyi, Karl 1957 [1944]: *The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. Boston: Beacon Press.
- Schäfer, Armin 2008: *Krisentheorien der Demokratie: Unregierbarkeit, Spätkapitalismus und Postdemokratie*. MPIfG Discussion Paper 08/10. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Shonfield, Andrew 1965: *Modern Capitalism. The Changing Balance of Public and Private Power*. London und New York: Oxford University Press.
- Smith, Adam 1979 [1759]: *The Theory of Moral Sentiments*. Oxford: Clarendon Press.
- Smith, Adam 1993 [1776]: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Oxford und New York: Oxford University Press.
- Streeck, Wolfgang 2008: *Industrial Relations Today. Reining in Flexibility*. MPIfG Working Paper Nr. 08/3. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Streeck, Wolfgang 2009: *Re-Forming Capitalism. Institutional Change in the German Political Economy*. Oxford: Oxford University Press.
- Streeck, Wolfgang und Philippe C. Schmitter (Hg.) 1985: *Private Interest Government. Beyond Market and State*. London: Sage.
- Swenson, Peter A. 1991: Bringing Capital Back in, or Social Democracy Reconsidered. Employer Power, Cross-Class Alliances, and Centralization of Industrial Relations in Denmark and Sweden, in: *World Politics* 43. 4, 513–544.